

# Adorfer Wochenblatt.

## Mittheilungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Sechzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit:  
22 Ngr. 5 Pf.

N<sup>o</sup> 6.

Mittwoch, 5. Februar

1851.

### Drei Tage aus dem Leben eines sächsischen Volksvertreters.

Noch ein Nachtrag zu dem Landtag des Jahres 1849.

Se gewisser der sog. Unverstandslantag einen ganzlichen Wendepunkt in unseren Verhältnissen hervorrief, um so nöthiger scheint es, noch einige Augenblicke bei demselben zu verweilen; theils um unser hartes Urtheil über denselben weiter zu begründen, theils auch, um die Stellung der Parteien und ihre politischen Ansichten namentlich in der deutschen Frage, noch schärfer zu beleuchten. — Die Männer, welche damals in und außerhalb der Kammer den Ueberstürzungen der radicalen Partei entgegentraten und die man damals die Conservativen oder die Rechte nannte, gehörten zum größten Theil der freisinnigen Mittelpartei an, welche man jetzt sehr gern mit dem Namen der Parlamentsdemokraten belegt; umgekehrt finden wir jetzt in sog. conservativen Kreisen Ansichten vertreten, die wir damals nur auf den Bänken der äußersten Linken zu hören gewohnt waren. Darum gestatte man uns noch einige Nachträge.

Es war am 20. Januar, als in der zweiten Kammer die deutsche Oberhauptsfrage zur Sprache kam. In Frankfurt hatte nämlich damals die Ansicht die Oberhand gewonnen, daß Deutschland, mit Ausschluß Oesterreichs, sich unter Preußens Oberhoheit zu einem engern Verbande vereinigen müsse. Das war ein Resultat, wie es den Radicalen, welche durchaus eine republikanische Lösung der Frage verlangten, durchaus nicht zusagte. Hatten sie daher früher, wo es noch schien, als ob ihre Ansichten durchdringen würden, die Ansicht aufgestellt, daß es nicht erst noch von den einzelnen Landesvertretungen abhängen könne, ob sie die Frankfurter Beschlüsse annehmen wollten oder nicht (man vergleiche die in Nr. 4. erwähnte Erklärung Tzschirners und Genossen): so behaupteten sie jetzt umgekehrt, daß diese Beschlüsse erst der Zustimmung der einzelnen Regierungen und Landesvertretungen bedürften; und es ließen sich sogar mehrere Frankfurter Nationalvertreter jetzt in die einzelnen Ständeversammlungen wählen, um dort in diesem Sinne zu wirken und

somit dem Inslebentreten der projektirten deutschen Gesamtverfassung nunmehr auf anderem Terrain ihren Widerstand entgegen zu setzen und solche wo möglich nicht zur Ausführung kommen zu lassen. Freilich hätten sie dies füglich den Regierungen überlassen sollen, welche sie auch später dieser Bemühungen bereitwillig überhoben; allein die Herren sahen nun einmal nicht ein, daß das Jahr 1848 vorüber war und daß sie durch ihre thörichten Ueberstürzungen nur immer mehr der Reaction in die Hände arbeiteten. Später, als sie ihren Irrthum einsahen, ergriffen sie nun zwar wieder Partei für die erst so geschmähte Reichsverfassung, aber nun wollte ihnen vollends Niemand mehr glauben, was sie eben selbst erst bestritten hatten: daß nämlich die einzelnen Staaten den Frankfurter Beschlüssen sich ohne Weiteres zu unterwerfen hätten. —

Doch wir wollten ja unsere Behauptungen durch einzelne Thatsachen belegen. Hier sind sie! So sprach Schaffrath am genannten Tage von der „verrotteten“ Kaiseridee und beantragte die Erklärung: daß man einen Präsidenten an die Spitze Deutschlands gestellt wissen wolle und jede andere nicht wahrhaft demokratische Lösung der deutschen Oberhauptsfrage als eine unheilvolle betrachte; ja Tzschirner, v. Trützschler und Gen. wollten sogar die neu zu begründete Verfassung nur dann „genehmigen“, wenn an die Spitze entweder ein Vollziehungsausschuß oder ein Präsident trete, und sie mutheten der Regierung zu, in gleichem Sinne sich auszusprechen; denn — sagte Tzschirner — man habe die Revolution nicht gemacht, um zu den 34 Fürsten noch einen 35ten hinzu zu bekommen. Meinel führte gegen die Erblichkeit des Oberhauptes an, daß ja sein Schullehreramt auch nicht erblich in seiner Familie sei. (?) Schieck und Hähnel (von der Rechten) erklärten dagegen Preußens Hegemonie noch für den einzigen Weg zum Ziele. Schaffrath: Preußen an die Spitze stellen, heiße alle Staaten preussisch machen. Benseler schmäht unter großem Applaus den Prof. Biedermann, „diesen untreuen Sohn des sächsischen Vaterlandes.“ Tzfel: „Wir wollen keinen Kaiser und am wenigsten den König von Preußen.“ Mayer „will keine Männer, die im Champagnerau-

sche dem Elend des Volkes Thränen nachweinen, keine Männer von Gottes, sondern von des Volkes Gnaden." Er war übrigens bereit, „seine Brust den Kugeln Wrangel's darzubieten". Auch Schaffrath will „Ernst und Würde auf dem Throne sehen". Berthold will ebenfalls nichts wissen „von einer königl. preussischen Polizeieinheit" und fügt hinzu, daß Schaffraths Besorgnisse allerdings ganz gerecht seien, denn im Verschlingen sei der preussische Adler ohnedies schon geübt!

Dergleichen Unsinn, dergleichen Beleidigungen gegen Preußen glaubten damals die Minister nicht ruhig mit anhören zu können und der Minister des Aeußern erhob sich — — —

Und doch will es uns bedünken, als ob wir später Aehnliches auf ganz anderer Seite gehört hätten! —

Charakteristisch nach mancher Seite hin waren auch die Verhandlungen über Robert Blum. Gleich in der ersten Sitzung schlug Tzschirner dies Thema an und am 24. Jan. erfolgte die Beantwortung seiner diesfallsigen Interpellation. Der Rechenschaftsbericht des Gesandten v. Könneritz — erklärte Minister v. d. Pfordten — sei unterm 21. Nov. eingegangen. Die Regierung habe hierauf dessen Verhalten gewissenhaft geprüft und gefunden, daß der Gesandte, insofern er sich nicht sofort direct an den Fürsten Windischgrätz gewendet, allerdings seiner Pflicht nicht vollkommen genügt habe, und habe man ihm dies auch zu erkennen gegeben; allein zu einem criminalrechtlichen Einschreiten (wie Tzschirner es forderte) habe man keinen Grund gefunden. Außerdem habe die Regierung beim Reichsministerium auf umständliche Ermittlung aller auf Blum's Verurtheilung bezüglichen Umstände angetragen, und den Wunsch ausgesprochen, daß dem verletzten Ehrgefühl des deutschen Volkes Genugthuung verschafft werden möge. Tzschirner glaubte jedoch, daß das Verhalten des Gesandten mindestens eine Abberufung verdient habe, und eine außerordentliche Commission zur Prüfung der Sache wurde auf seinen Antrag niedergesetzt, die auch auf unverweilte Abberufung antrug. Die Verhandlung darüber fand am 8. Februar statt. Für solche Menschen, wie der Gesandte — sagte Tzschirner — könne man keinen Pfennig mehr bezahlen. Tauer Schmidt: Oesterreich verlange von uns die Auslieferung seiner Deserteure, warum verlangten wir nicht Auslieferung der Mörder? Linke: Wenn alle Könneritze der Vergessenheit anheimgefallen, werde Blum im Ruhmeskranz der Unsterblichkeit leben. Reimann: Selbst Gott im Himmel (!) werde den Gesandten nicht freisprechen können. Minister v. d. Pfordten: Die Regierung erkenne an, daß der Gesandte in umfassenderer Weise seine Pflichten habe erfüllen können, aber eine Abberufung sei nicht zweckmäßig in einem Augenblick, wo die Linke selbst Vereinigung mit Oesterreich wünsche. Tzschirner: Allerdings wünsche er dies, aber Hr. v. Könneritz werde uns nicht dazu verhelfen, man dürfe einen Mann nicht schonen, der durch seine Nichtthätigkeit Deutschland eines sei-

ner besten Bürger beraubt habe. v. d. Pfordten: Nicht aus Schonung für den Gesandten, sondern aus Schonung für die ihr anvertrauten Interessen habe die Regierung so gehandelt. Der Antrag wurde übrigens schließlich angenommen.

Von den unsinnigen Ueberstürzungen der damaligen Zeit zum Schluß noch einige Beispiele. So verlangte Auerwald, daß die Regierung sich wegen Annahme der bereits früher erwähnten und ihr durch die Post zugeschieden Adresse der Herren Mommsen, Haupt, Albrecht, Harkort ic. verantworten solle, denn man dürfe „die Ehre der Kammer nicht mit Füßen treten lassen, wie es in jenem Wische geschehen." Auch gegen die sogenannte Dresdner Schwertadresse wurden Maßregeln beantragt, und wegen der Leipziger Zeitung, wie wegen des Dresdner Journals Anfragen an die Regierung gestellt, während man doch auf anderer Seite Preß- und Petitionsfreiheit predigte. Bernhardt wollte die Regierung zur Verantwortung gezogen wissen, weil sie den Soldaten den Besuch republikanischer Vereine verboten hatte, was gesetz- und verfassungswidrig sei, und Berthold fand dies Verbot um so unbegreiflicher, als ja die Soldaten die Buchstaben F. A. R. am Tzschako trügen, was doch jedenfalls heiße: „Für Allgemeine Republik." Linke beantragte, daß das Volk die ganze Verwaltung — einschließlich der Post- und Eisenbahnverwaltung — selbst in die Hand nehme und wollte zu diesem Behufe Sachsen in 150 Verwaltungsbezirke theilen ic. ic. Gewiß Beweise genug, um unser Urtheil vollkommen zu rechtfertigen. Wir schließen daher mit einigen weitem Belegen für das Thema, mit welchem wir diesen Artikel begannen, d. h. mit den Ansichten der damaligen Mehrheit über die deutsche Frage, die Tzschirner und Andere auch noch bei anderer Gelegenheit auskramten. So tadelte der Gesandte hinsichtlich der Antwort, welche damals die Regierung auf die bekannte preussische Circularnote gegeben hatte: daß darin nichts von einer republikanischen Spitze stehe. Wahrscheinlich komme man auf die bairische Idee einer Trias, dann aber sei wieder ein Staatenbund fertig. Noch entschiedener aber sei er gegen eine preussische Hegemonie, denn dann gehe Deutschland in Preußen auf. Dies aber dürfe man nicht dulden, das stammverwandte Oesterreich dürfe man nicht ausschließen lassen, da müsse man Gut und Blut opfern. Ferner predigte er Widerstand gegen die deutsche Centralgewalt, als diese die Absendung sächsischer Truppen zur Unterstützung Schleswig-Holsteins angeordnet hatte, denn man wolle nur Schleswig-Holstein in Belagerungszustand versetzen und bei dieser Gelegenheit die demokratischen Regimenter decimiren lassen; ja Böttcher protestirte sogar förmlich gegen den Abmarsch unserer Truppen, während Hähnel (von der Rechten) vor einem Treubruch gegen die deutsche Einheit warnte, der sich gewiß einst schwer rächen werde an unserm, durch einen frühern Treubruch schon so klein gewordenen sächsischen Vaterlande. Am interessantesten aber war die Erklärung des Staatsministers v. Beust, als Tzschir-

ner und Andere selbst die Befugniß der Centralgewalt zu jener Anordnung bestritten hatten. Er erklärte nämlich am 17. März 1849: daß allerdings in der Sitzung vom 12. Juni 1848 **fämmtliche Attributionen** des deutschen Bundestags auf die Centralgewalt übertragen und von dem Reichsverweser ausdrücklich acceptirt worden seien.

Bald darauf eilte der Landtag schnell seiner Auflösung entgegen. Ohne allen vernünftigen Grund beantragten Tzschirner und Genossen ein Misstrauensvotum gegen das Ministerium Held-Weinlig, worin ganz deutlich gesagt wurde, entweder solle es seine Grundsätze ändern oder seiner Wege gehen. — Das Märzministerium — schrieb Meyer — war ein corruptes Volksministerium, das neue ist ein corruptes Bureaukraten-Ministerium. In ihm findet man Arbeiterweisheit, Federweisheit, Diplomatenweisheit, Militärweisheit und Nichts als Weisheit, das Volk will aber keine Weisheit! Und Tzschirner drohte schon damals: „Es heiße jetzt *va banque*, entweder das Volk gelte, oder die Camarilla gähe. Sei Willkürherrschaft da, dann werde man die Volkstimme freilich nicht achten, aber dann werde auch die Zeit kommen, wo solch ein Constitutionalismus zertrümmert werde, und man es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn der **Blutkampf beginne**. Die Demokratie werde siegen, sie müsse siegen.“

Dies geschah am 29. März! Wie früher dem Märzministerium gegenüber, suchte die sogenannte gemäßigete Linke die Sache noch binzuhalten. Aber den Muth der Abwehr — hatte sie nicht! Es galt nun, sie mit zum Aeußersten fortzudrängen. Bald regnete es commandirte Misstrauensadressen der Vaterlandsvereine gegen sie, und endlich wurde die berühmte Versammlung im Reußischen Garten abgehalten. — Die Gemäßigten wurden nun vollständig unterdrückt, unter donnerndem Applaus (am 23. April) das Misstrauensvotum votirt — — die Kammern aufgelöst — — und —

„der Blutkampf begann!“

Obwohl die ministeriellen und halbministeriellen Organe hinsichtlich der Dresdner Conferenzen jetzt eben auch nicht besser unterrichtet sind, als andere Blätter: so wollen wir doch nicht mit Stillschweigen übergehen, daß der österreichische „Lloyd“ die schon längst von uns mitgetheilte Nachricht: daß man nämlich Seitens der beiden deutschen Großmächte und der vier Königreiche ganz entschieden den Willen habe, den Widerspruch der kleinen Regierungen gegen die für heilsam und unerläßlich erachtete neue Organisation der Bundesgewalten nicht zu beachten und bei allensfallsiger Renitenz der Widersprechenden, in Beziehung auf die durch ihr unauflösliches Verhältniß zum Bunde begründeten Pflichten, Zwangsmaßregeln durch Befehung ihrer Staaten von Bundestruppen anzuwenden, daß — sagen wir — der „Lloyd“

jetzt diese Nachricht als „ganz verbürgt“ bezeichnet. Auch steht — fährt der „Lloyd“ fort — eine Einsprache auswärtiger Regierungen durchaus nicht zu erwarten, im Gegentheil, man weiß, daß dieselben die Herstellung einer kräftigen, den Plänen der Umwälzungspartei gewachsenen Central-Regierung Deutschlands als im Interesse aller Regierungen liegend betrachten, und sie aufrichtig wünschen. Dasselbe Blatt bestätigt ferner die von uns gemeldeten Proteste der kleinern Staaten und bemerkt: In den meisten dieser Erklärungen ist gesagt, daß man gegen eine Ueberlassung der ganzen executiven Gewalt an Preußen und Oesterreich nichts zu erinnern, aber eine Placirung unter eine ganze Gruppe anderer Staaten sich nicht gefallen lassen könne. Die erste und zweite Commission beräth deshalb auch auf die Voraussetzung, daß es bei der neuen Organisation der Bundesbehörde bleibe, die damit zusammenhängenden Fragen über Bestimmung der Competenz der beiden Organe, über Beschränkung der Unanimitäts-Beschlüsse, über Aufhebung der Instruktions-Ertheilung fort. Es ist jedoch noch Alles hierüber im Werden und zu einem bestimmten Ergebnisse noch nicht gekommen. Endlich will der „Lloyd“ „auf das Bestimmteste“ wissen, daß die preussische Regierung ihre neue Stellung im Bunde durchaus angemessen finde, und daher garz mit ihr zufrieden sei, wie denn überhaupt ein volles Einverständnis der beiden deutschen Großmächte in allen Fragen der höheren Politik vorhanden wäre. — Auch Das, was einige Blätter über die Unzufriedenheit der bairischen Regierung mit der neuen Bundesorganisation sagten, entbehre jedweden Grundes.

Zum Schluß wird dann noch Folgendes hinzugefügt: Seitens der Hauptträger des Ministercongresses scheint die bestimmte Absicht vorzuwalten, sobald man nur erst über die neue Organisation der Bundesgewalten und der damit im innigsten Zusammenhange stehenden Fragen zu einer Einigung gekommen, dieselben sofort zu constituiren und alles Weitere, namentlich die Ordnung der schleswig-holsteinischen Frage, der kurhessischen Angelegenheit, und insonders die Aufstellung von erhaltenden Grundsätzen für die Verfassung der Einzelstaaten ihren Aussprüchen zu überlassen. In Betreff der Abgrenzung des Wirkungskreises der künftigen Bundesgewalten scheint die Ansicht durchzubringen, die Competenz des engeren Rathes auf die Ausführung der Geseze, Verwaltung des Bundeseigenthums, Leitung des Heerwesens und die auswärtige Vertretung zu beschränken. Dafür werde man aber auch, um einen rascheren Gang in der Legislative herzustellen, das Plenum in möglichst großem Umfange zu Majoritätsbeschlüssen ermächtigen und nur in äußerst seltenen Fällen eine Instruktionseinhebung für die einzelnen Mitglieder bedingen.

Alle diese Mittheilungen enthalten — wie gesagt — nichts Neues, aber wir glaubten, sie doch nicht ganz unbeachtet lassen zu dürfen, und wir wollen hier nur wiederholt daran erinnern, daß die Manteuffel'sche Politik in Berlin nicht die allein herrschende ist, und daß man zu einem Zwange gegen die Kleinen

in nicht minder einflussreichen Kreisen durchaus keine Neigung hat. Was die dualistische Centralgewalt betrifft, von der noch immer viel die Rede ist, so dürfte wenigstens zweierlei gewiß sein, einmal nämlich, daß sie von Berlin aus fortwährend erstrebt wird, und so dann, daß sie — sei es auch nur als Provisorium — bestimmt in's Leben treten würde, sobald in der Schweiz oder in Frankreich irgendwie bedeutende Ereignisse eintreten sollten. Auch Das darf man als zuverlässig bezeichnen, was wir schon wiederholt andeuteten, daß nämlich die constitutionellen Einzelverfassungen nicht auf die Gesamtverfassung einen Einfluß äußern werden, sondern, daß umgekehrt in Dresden bestimmt werden wird, was in den Einzelverfassungen nicht geduldet werden dürfe. Zwar glauben wir nicht, daß man

geradezu die Wiedereinführung der alten ständischen Verfassungen vorschreiben werde, aber man wird es machen, wie nützlich unsere erste Kammer, man wird nämlich angeben, wie die Einzelverfassungen nicht sein sollen. Es ist daher auch glaublich, wenn man versichert, daß eine Revision sämtlicher in der Periode der Bewegung den Regierungen abgedruckten Maßregeln (namentlich auch was die Domänen betrifft) beschlossen und beziehentlich deren Unverbindlichkeit erklärt werden würde. Uns Sachsen, als solchen, kann übrigens Alles, was man beschließt, sehr gleichgültig sein, weil man bei uns mit Wiedereinführung der alten Stände und dergleichen bereits vorausgegangen ist. Wir wüßten wenigstens nicht, was wir noch zu fürchten haben könnten.

### Kirchliche Nachrichten.

Künftigen Sonntag predigt Hr. P. Wimmer.

Getraute: 2) Joh. Fr. Hüller, Handarb. in Remten u. Rosine Estiane Wunderlich in Remtengrün. 3) Joh. Fr. Dölling, Maurer in Jugelsburg u. Estiane Friederike Rosbach allh.

Geborne: 9) Mstr. Estian Glob Schreckenbach's, B. u. Schuhmachers allh. L. Estiane Albine. 10) Mstr. Heinr. Louis Gerber's, B., Webers u. Postbotens allh. S. Glieb Louis. 11) Hrn. Julius Fehring's, B. u. Instrumentenmachers allh. L. Ida Aug. 12) Mstr. Karl Glieb Müller's, B. u. Schlossers allh. L. Emma Albine. 13) Mstr. Heinr. Glob Müller's, B. u. Webers allh. Anna Aug.

Beerdigte: 8) Fr. Aug. Müller, Handarb. in Jugelsburg, 26 J. 6 M. 7 T. mit Predigt.

### Bekanntmachung.

Nächstkommenden Sonntag, den 9. Februar dieses Jahres nach dem Nachmittagsgottesdienste soll im Schießhause die diesjährige Hauptversammlung der hiesigen Schützengesellschaft abgehalten, die Rechnung auf das verflossene Jahr vorgelegt und behufs der Wahl eines Schützenmeisters u. die Vertheilung der Stimmzettel erfolgen, welche Tags darauf, den 10. Februar Nachmittags 2 Uhr wieder abzugeben sind.

Indem dies hierdurch unter Hinweisung auf S. 72. der Gesellschaftsstatuten öffentlich bekannt gemacht wird, bemerkt man dabei noch, daß Sonntags Abends auch Schützenball statt findet.

Adorf, den 4. Februar 1851.

Das Schützenbirektorium.  
Schmidt, Dir.

### Kauf oder Pacht.

Ein in der Nähe der Stadt Delsnitz gelegenes, mit 235, 1/2 Steuereneinheiten belegtes Bauergut, dessen Gebäu-

de in sehr gutem Zustande, und übrige Grundstücke an Feldern, Wiesen, Holz und Huthung höchst vertheilhaft gelegen sind, ist sofort aus freier Hand zu verkaufen oder auch zu verpachten, wobei noch bemerkt wird, daß im Falle des Verkaufes die Hälfte der Kaufsumme darauf stehen bleiben kann. Das Nähere ist, resp. auf frankirte Briefe, zu erfahren beim

Plauen, am 30. Januar 1851

Amtshypothekendachsführer  
Wilhelm Wunderlich.

### Grundstücken-Verkauf.

Erbvertheilungshalber sollen folgende Grundstücke, als: ein Feld in der Ameisloh und eine Wiese in der Neukirchner Aue gelegen,

den 23. dieses Monats

von Nachmittags 3 Uhr an in der Wohnung des mitunterzeichneten August Wunderlich am untern Markte öffentlich und freiwillig an den Meistbietenden verkauft werden.

Adorf, den 4. Februar 1851.

Friedrich Köhler, Webermstr.,  
August Wunderlich, Bäckermstr.  
und sämtliche Erben.

Auszuleihen sind 300 Thlr. — — und 250 Thlr. — — gegen hypothekarische Sicherheit durch den Sporelcontrolleur Sieg in Adorf.

Bescheidene Anfrage. Wem gelten denn die heut. (d. 4. Febr. N. M. 1/4 Uhr) von P. Schr. geäußerten Baupläne, nach welchen ein Nagelschmidt, ein Schneider und ein Pfannenslicker neben einander in einem Hause wohnen sollen? Wir erwarten gewisse Antwort, wo das benannte Kästärle gebaut wird, und wer des sich selbst rühmende Baumeister ist und bei wem sich die betreffenden Professionisten zu melden haben?

Otto Meyer: Redaktor, Drucker und Verleger.